

Gegenstand: Haushalte 2019 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen; Beschlussfassung

Haushaltsrede der CDU-Fraktion – Dr. Axel Wilke:

Herr Dr. Wilke zieht eine positive Bilanz aus 24 Jahren, in denen Oberbürgermeister der CDU die Geschicke der Stadt gelenkt haben. Der anstehende Wechsel an der Stadtspitze werde seitens der CDU nicht als „Betriebsunfall“ bewertet, sondern sei das Ergebnis einer demokratischen Wahl. Schwerpunkt der Rede sind die Bereiche Bauen, Wohnen und Stadtteilentwicklung, wobei der Wohnungsstandort Speyer besser sei als sein Ruf. Hervorgehoben wird auch die Haushaltskonsolidierung, die OB Eger in seiner Amtszeit vorangetrieben hat. Die umstrittene Installation einer Erstaufnahmeeinrichtung in Speyer, für die in Kusel Interesse besteht, durch die in Speyer wohnende Ministerin, ohne dass die Stadt diesbezüglich gefragt wurde, nennt er bizarr. Die CDU begrüßt die Anpassung der Ansätze in der Kulturförderung, für die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Zeit und die Sportfördermittel. Hinsichtlich des Friedhofskonzepts sagt die CDU ja zum Inklusionsbetrieb, möchte hinsichtlich der Personalstellen aber die tatsächliche Bedarfsentwicklung abwarten. Abgelehnt hingegen wird die Schaffung einer neuen Stelle im Büro OB. Ein weiteres Thema ist die digitale Stadt und die Digitalisierung der Schulen. Die CDU stellt diesbezüglich den **Antrag** zur Entwicklung einer digitalen Strategie nach Heidelberger Vorbild.

Haushaltsrede der SPD-Fraktion – Walter Feiniler:

Schwerpunktt Themen von Herrn Feiniler sind bezahlbares Wohnen, quartiersbezogene Nahversorgung, stadtnahe grüne Naherholungsflächen und eine professionelle Wirtschaftsförderung, die auch Kleinunternehmen zur Verfügung steht. Die investorengestützte Wohnbauentwicklung war in der Vergangenheit zu sehr auf finanziell leistungsfähige Zielgruppen gerichtet. Die SPD fordert bis 2023 die Schaffung von mindestens 500 Wohnungen mit Mietpreisen von maximal 7 €/m². Die Sozialquote muss endlich ratifiziert werden. Die SPD steht für eine Neuausrichtung der Verwaltung in den Bereichen Friedhof, Kommunalen Ordnungsdienst und Straßensozialarbeit. Gute Kommunale Leistungen brauchen Personal, weshalb die die Übernahme aller befristeten Arbeitsverhältnisse gefordert wird. Gute Kinderbetreuungs- und Schulangebote sind Standortfaktoren für Unternehmen. Neben einem weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit und dem sukzessiven Ausbau behindertengerechter Spielplätze wird auch die Evaluation des Armuts- und Reichtumsberichtes angemahnt. Für die zukunftsweisende Entwicklung des Kulturstandortes Speyer stellt die SPD den **Antrag** auf Erstellung von Leitlinien für die Kulturpolitik. Ein weiterer Antrag zur Neuregelung der Kriterien für die Vergabe der Sportfördermittel wird angekündigt. Die Verzögerungen beim Neubau der Feuerwache lastet die SPD dem OB und der Verwaltung an. Die SPD wird dem Haushaltsentwurf mit Ausnahme des Flugplatzes und des S-Bahn-Haltepunktes Süd zustimmen.

Haushaltsrede Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Irmgard Münch-Weinmann:

Frau Münch-Weinmann unterstreicht die Symbolik, wenn Speyer ausgerechnet zum 100. Jubiläum des Frauenwahlrechts die 1. Oberbürgermeisterin der Geschichte gewählt hat. Der Aufarbeitung der Jahresabschlüsse seit 2009 in der Ägide OB Eger zollt sie Respekt. Inhaltlich beschäftigt sie sich mit den Haushaltsausgaben für den Personaletat und dem Sozialhaushalt, die zusammen mehr als 60 % der Gesamtaufwendungen ausmachen. Im

Zusammenhang mit der Reinigung der Gebäude stellt die Fraktion die **Anfrage**, wie viele eigene Reinigungskräfte bzw. wieviel Fremdreinigung die Stadt vorhält und welche Vorteile man sich davon verspricht. Im Stellenplan wird der Schaffung einer Büroleiterstelle in A 14 ausdrücklich nicht zugestimmt. Die Fraktion fordert zudem, mehr Sitzungen des Sozialausschusses einzuberufen. Wichtige soziale Projekte sind mit kirchlichen und freien Trägern sowie den umliegenden Kommunen bezüglich der Finanzierung abzustimmen (z.B. KEKS). Weitere Themenfelder sind Natur- und Klimaschutz; so sollten Nachverdichtungen vor allem auf bereits versiegelten Flächen erfolgen. Auf dem Verkehrssektor gilt es, den Autoverkehr innerstädtisch zu begrenzen, z.B. auch durch attraktive Parkangebote am Stadtrand. Der Schwerpunkt muss auf den Radverkehr und ÖPNV gelegt werden. Die Planung für den S-Bahn-Haltepunkt Süd darf nicht ins Stocken geraten. Darin sieht sie eine Aufgabe für die neue Oberbürgermeisterin; sie kritisiert die Verschiebung des Erörterungstermins in das 2. Halbjahr 2019. Nach den ernüchternden Erfahrungen nach der Sparkassenfusion regen die Grünen an, die Anteile an der Sparkasse zu verkaufen und den Erlös für die Schuldentilgung einzusetzen. Außerdem wird angekündigt, einen 10 Jahre alten Antrag für einen barrierefreien Übergang am Altpörtel wieder einzubringen. Angesichts der erhöhten Sportförder- und Kulturfördermittel sowie der Personalmehrung im Friedhof stellen die Grünen den **Antrag**, Mehrausgaben von 50.000 € für sozial tätige Vereine bereitzustellen. Dem Haushalt wird, mit Ausnahme des Flugplatzes, zugestimmt.

Haushaltsrede der SWG-Fraktion – Sandra Selg:

Frau Selg zieht eine Bilanz aus 7 Jahren OB-Politik und sieht in der Verbesserung des Rechnungsergebnisses der vergangenen Jahre keine Managementleistung, sondern einfach nur Glück auf der Einnahmenseite. Gespart wurde zu Lasten des Gebäudeunterhalts und der Investitionen, die irgendwann nachgeholt werden müssen. Außerdem tragen Minderausgaben im Asylbereich zur Verbesserung bei. Hinzu käme die bessere Finanzausstattung durch das Land mit den neuen Schlüsselzuweisungen C. Es bleibe eine drückende Schuldenlast und ein dramatischer Verzehr des Eigenkapitals, der irgendwann zur Überschuldung führt.

Im Stellenplan stellt sich die SWG ebenfalls gegen die neue A 14-Stelle im Umfeld der OB. Baurechtlich wird der Versiegelungsgrad in Speyer, das Luftreinhalteprogramm und die Postplatzentwicklung, bei der 8 Jahre nichts passiert ist, angesprochen. Weitere Themen sind Industriebau, Adenauerpark und Friedhof. Der S-Bahn-Haltepunkt sollte nicht weiter verfolgt werden, weil nicht angenommen werden kann, dass die Kosten nicht steigen werden. Die SWG-Fraktion lehnt den Haushalt wegen Verstoß gegen § 93 GemO ab.

Haushaltsrede der BGS-Fraktion – Claus Ableiter:

Herr Ableiter hebt hervor, dass seit der ersten urkundlichen Erwähnung Speyers im Jahr 10 v. Chr. und damit seit 2028 Jahren nie eine Frau an der Verwaltungsspitze stand, was sich nun ändert. Er sieht in den vergangenen 8 Jahren keine besonderen Erfolge. Trotz guter Konjunktur erfolgte ein weiterer Schuldenaufbau, die Sparkasse ist eingemeindet und verloren, das Altenheim wurde in fremde Hände gegeben und ist mit dem Neubau nicht auf die geburtenstarken Jahrgänge vorbereitet. Das fusionierte Stiftungs Krankenhaus bietet noch Substanz für Senioren- und/oder Behindertenappartements. Die sonstige Bauentwicklung ist aus den Fugen geraten. Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, für Investoren zu planen. Das restliche Normand-Gelände sollte den Baugesellschaften überlassen werden, um die Schiefelage etwas zu korrigieren. Die BGS steht der immer weiteren Verdichtung im Innenraum skeptisch gegenüber. Die Stadt hätte bei der Kurpfalz-Kaserne gegen die Auflösung des Bundeswehrstandortes opponieren müssen. Ordnungssicherheit in der Stadt ist Aufgabe der Kommune und nicht der Polizei, weshalb man notwendigen Investitionen zur inneren Sicherheit positiv gegenüber stehe.

Der Industriehof muss als Gewerbestandort erhalten bleiben. Das Flugplatzgelände sollte als riesiges Gewerbegebiet anstelle eines Zuschussgeschäftes für den Steuerzahler erschlossen werden; dabei würde auch noch ein Beitrag zum Naturschutz im südlichen Auwald geleistet.

Die BGS spricht sich für den S-Bahn-Halt Süd im Sinne eines guten ÖPNV aus, allerdings ohne Sonderwünsche an dem von der Bahn vorgeschlagenen Platz. Dies hätte die Stadt kein Geld gekostet. Die Bus-Anbindung der Innenstadt und die schlechte Nahversorgung für den Stadtteil Nord sind weitere Themen. Nördlich der Autobahn ist ein weiterer Versorgungsmarkt notwendig.

Haushaltsrede der Fraktion Die Linke – Wolfgang Förster:

Die Linke steht für eine Zusammenarbeit, die dem Wohle der Bürgerschaft und nicht einer Fraktion dient, mit der neuen Oberbürgermeisterin zur Verfügung. Globales Denken – lokales Handeln reicht nicht mehr aus. Er kritisiert, dass die Wertschöpfung einiger Weniger zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung weltweit geht und erinnert daran, dass Reichtum auch eine gesellschaftliche Verpflichtung habe. Die Linke fordert eine Sozialquote für alle Wohnungsbauprojekte, orientiert an der Quadratmeterzahl. Eine Quote wurde zwar beschlossen, bis lang aber nicht umgesetzt. Kritik geübt wird an den geplanten Hotelbauten und der Nachverdichtung zu Lasten des Stadtklimas. Zudem sei ein auskömmliches Einkommen für alle notwendig, was die Sozialkassen schonen würde. Beim Verkehr wird eine marode Infrastruktur beklagt. Es werde zu Lasten künftiger Generationen gespart. Die Linke steht für einen Ausbau des ÖPNV, weshalb man den S-Bahn-Halt Süd unterstütze, aber am Standort Alte Schwegenheimer Straße. Das Frauenhaus ist aus seiner Sicht beengt und unterfinanziert.

Stolz ist man auf die ehrenamtliche Tätigen und die Tatsache, dass die älteste Gemeinde in der Region für Geflüchtete sorgt. Dem Haushalt werde nicht zugestimmt.

Haushaltsrede der FDP – Mike Oehlmann:

Bei den Haushaltsberatungen geht es nicht nur ums Geld, sondern auch um Weichenstellungen und Prioritäten für die Zukunft. Der Personalaufwand wird kritisch gesehen. Die kleinste der kreisfreien Städte leistet sich über 1.000 Mitarbeiter, davon 13 % Beamte. Die Verwaltung muss sich auf die Kernaufgaben fokussieren und Zurückhaltung bei unternehmerischen Aufgaben wie dem „Tor zur Pfalz“ walten lassen. Die Gewerbesteuer pendelt sich in den kommenden Jahren laut Planung bei rund 21 Mio. € ein. Kritisiert wird die Annahme eines anhaltenden Wirtschaftsbooms und einer Null-Zins-Politik. Konjunkturelle Effekte kaschieren die tatsächliche Situation. Die FDP wirft die Frage auf, warum nach dem Wohnungsmarktkonzept erst jetzt ein Gewerbeentwicklungskonzept vorgesehen ist. Herr Oehlmann übt deutliche Kritik an der städtischen Wirtschaftsförderung, welche die Stärkung des Wirtschaftsstandorts aus seiner Sicht nicht konsequent vorantreibt. Angedacht werden sollten auch Infrastrukturmaßnahmen durch Clusterbildung, wie z.B. in Mannheim. Zudem muss der Fokus auf den Innenstadthandel gerichtet werden, der gut erreichbar ist, samt Hotel und Gastronomie. Der bewährte Shuttlebusverkehr soll wiedereingeführt werden. Im Schulbereich hofft er auf eine Sanierung des Schulsystems mit interkommunaler Zusammenarbeit in der Zukunft. Da wichtige Impulse für einen ausgeglichenen Haushalt fehlen, wird die FDP dem Plan nicht zustimmen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass Bündnis 90/Die Grünen und SPD dem Haushalt zwar zustimmen werden, traditionell aber alle Auswendungen im Zusammenhang mit dem Verkehrslandeplatz ablehnen, die SPD-Fraktion zusätzlich die Ansätze für den S-Bahn-Haltepunkt Süd.

Die CDU-Fraktion beantragt die Aufnahme weiterer 13.000 € für Kulturbereich bei Produkt 28100, Förderung der kulturtreibenden Vereine.

Bündnis 90/Die Grünen beantragen die Aufnahme von zusätzlichen 50.000 € für allgemeine Sozialprojekte, über die der Sozialausschuss im Einzelnen entscheiden soll. Herr C. Ableiter fragt in diesem Zusammenhang nach einem Deckungsvorschlag dafür, da nach seinem Dafürhalten dafür eine Einnahmeerhöhung oder Ausgabenminderung benannt werden müsste. Aus Sicht des Vorsitzenden geht die Entnahme zu Lasten des Eigenkapitals.

Herr Feiniler kritisiert scharf eine unseriöse Mittelnachforderung wie auf dem Basar. Herr Popescu spricht ebenfalls von unfäirem Verhalten nach der eigentlichen Haushaltsberatung; damit würde der Eindruck erweckt, als wäre die Linke gegen die Förderung von Kultur und Sozialem.

Herr Rottmann wiederum weist darauf hin, dass die CDU am 29.11.2018 Einnahmeverbesserungen bei den Säumniszuschlägen vorgeschlagen hat. Der Verteilungsschlüssel kann im Kulturausschuss festgelegt werden.

Herr Brandenburger sieht in den Anträgen ein Thema für den Haupt- und Stiftungsausschuss bzw. die KEF-Runde. Auch der Vorsitzende schlägt vor, mit Blick auf die Kommunalwahl die zusätzlich geforderten Mittel als Vorschläge bzw. Anregungen für die KEF-Beratungen 2019 vorzusehen.

Die antragstellenden Fraktionen bestehen auf Abstimmung. Der CDU- und der Grünen-Antrag werden mehrheitlich angenommen, quer über alle Fraktionen.

Herr Dr. Wilke hält nochmals fest, dass der Stellenplan beschlossen wird, wie im Personalausschuss empfohlen. Die zusätzlichen Friedhofsstellen (1 Gärtner, 1 Bestatter) werden seitens der CDU vorbehaltlich der Zustimmung zum Friedhofskonzept mitgetragen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 9 Gegenstimmen: Fraktionen SWG, Die Linke, BGS, FDP-Ratsmitglied):

Den von der Verwaltung vorgelegten Haushalten 2019 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung, einschließlich des in der vorangegangenen Sitzung des Personalausschusses modifizierten Stellenplans, des Wirtschaftsplans der EBS und des Forstwirtschaftsplans wird zugestimmt.

In Ergänzung des von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplans werden zusätzliche Mittel in Höhe von

- 13.000 € bei Produkt 28100 (Kulturförderung) und
 - 50.000 € bei Produkt 33100 (Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege)
- veranschlagt.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geben zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnen, die den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen; die SPD-Fraktion stimmt zusätzlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem S-Bahn-Haltepunkt Süd nicht zu.

**Gegenstand: Mitbestimmungsrechte Jugendlicher in Speyer;
gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen CDU und SPD
[Vorlage: 2775/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Wilke stellt fest, dass die Verwaltung einige Änderungen gegenüber dem ursprünglichen CDU/SPD-Antrag vorgenommen hat und u.a. eine Stellenerhöhung daraus ableitet; ebenso wird für einen Einsatz zum Wahlrecht ab 16 beim Land geworben. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen aus seiner Sicht, dass die Erwartungen dort nicht erfüllt wurden, was die politische Mobilisierung von Jugendlichen angeht. Ziffer 3 der Vorlage ist für die CDU-Fraktion daher nicht tragbar. Er fordert Einzelabstimmung.

Frau Münch-Weinmann hingegen stellt fest, dass aus grüner Sicht der Verkehrsausschuss als wichtiges Gremium fehlt. Herr Czerny ergänzt, dass die Vorlagenergänzungen Wunsch des Jugendstadtrates (JSR) sind.

Die Änderungen sind laut Herrn Gottwald auch im Sinne der SPD, da diese Forderung schon lange von den JuSos getragen wird. Die Ausschuss-Vorschläge kamen vom JSR selbst, der Verkehrsausschuss war dabei nicht genannt.

Die BGS enthält sich laut Herrn C. Ableiter zu Ziffer 3, da keine fraktionsinterne Abstimmung darüber erfolgte.

Frau Selg warnt vor einer Überforderung des JSR. Die SWG unterstützt grundsätzlich die Absenkung des Wahlalters.

Herr Popescu sieht in dem Vorschlag ein voluntatives Element und eine Willensbekundung zu Gunsten junger Leute, die bisher nach dem Motto behandelt werden: „ihr könnt viel, dürft aber nix“.

Herr Dr. Wilke fragt nach, ob es tatsächlich der Wunsch des JSR war bzw. nach der Genese der Vorlage. Herr Faus von der Jugendförderung erläutert, dass es zunächst nur ein Schreiben des JSR zur Beteiligung in den Ausschüssen gab. Daraus entstand der Antrag von CDU und SPD; darin wurde das Thema Demokratisierung breiter gefasst, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, ins Gespräch mit den Jugendlichen zu gehen. Dort wurde der Wunsch nach einer Absenkung des Kommunalwahlalters geäußert, was in einigen Bundesländern schon Realität ist.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst in Einzelabstimmung folgende Beschlüsse:

1. Der Jugendstadtrat erhält ab 2019 das Recht, in folgenden Ausschüssen des Stadtrates beratend mitzuwirken:
 - Bau- und Planungsausschuss
 - Kulturausschuss
 - Sozialausschuss
 - Umweltausschuss
 - Ausschuss für Konversion

Das bereits bestehende Mitwirkungsrecht im Schulträgerausschuss und im Jugendhilfeausschuss bleibt erhalten.

In der Satzung des Jugendstadtrates erhält zum 1. Januar 2019 der Satz 2 im § 1 Abs. 3 folgende Fassung:

„Der Jugendstadtrat hat das Recht, im Schulträgerausschuss, im Jugendhilfeausschuss, im Bau- und Planungsausschuss, im Kulturausschuss, im Sozialausschuss, im Umweltausschuss sowie im Ausschuss für Konversion durch jeweils ein Mitglied beratend an den Ausschusssitzungen teilzunehmen.“

In § 3 Abs. 5 der Satzung des Jugendstadtrates wird folgender Satz 2 ergänzt:

„Für die Teilnahme an den Sitzungen der in § 1 Abs. 3 genannten Ausschüsse erhalten die Vertreter/innen des Jugendstadtrates ein Sitzungsgeld nach § 4 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Speyer.“

(Einstimmig)

2. Der für die Geschäftsführung und die pädagogische Begleitung des Jugendstadtrates vorgesehene Stellenumfang in der Jugendförderung wird von derzeit 0,38 auf 0,5 erhöht (= von 14,75 auf 19,5 Wochenstunden).

(Einstimmig)

3. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, das für das aktive Wahlrecht erforderliche Mindestalter bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre abzusenken.

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, diese Position des Stadtrates in die Gremien des Städtetages einzubringen und sich dort für eine kommunale Initiative für eine Änderung des Kommunalwahlrechts zu engagieren.

Auch direkt gegenüber der Landesregierung soll diese Position des Stadtrates kommuniziert und eine entsprechende Änderung des Wahlrechts angeregt werden. Gleichzeitig werden die Fraktionen des Stadtrates aufgerufen sich innerparteilich auf Landesebene für eine entsprechende Änderung des Wahlrechts einzusetzen.

(4 Gegenstimmen, 9 Enthaltungen – CDU-Fraktion)

4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass Kinder- und Jugendarbeit nach §§ 11 und 12 SGB VIII klassischerweise das Arbeitsfeld der Jugendhilfe ist, in dem junge Menschen selbstbestimmt und auf freiwilliger Basis die Möglichkeit haben, mitzubestimmen und mitzugestalten, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.

Der Stadtrat begrüßt das Projekt „da! geht! was!“, mit dem Kinder- und Jugendarbeit in Speyer weiterentwickelt und gestärkt werden soll.

(Einstimmig)

Gegenstand: Modellprojekt „Erschwingliches Wohnen für junge Familien“
[Vorlage: 2760/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Hinderberger erläutert, die SPD sei nicht gegen das Projekt als solches, sondern gegen den Standort. Die Salierschule brauche vermutlich schon bald Erweiterungsfläche wegen der umliegenden Baugebiete. Weiterhin sei das Vorhaben nicht behindertengerecht und für Geringverdiener nicht finanzierbar. Er thematisiert zudem Rechtsfragen zur Rückübertragung der Grundstücke. Der Vorsitzende erwidert, das Projekt müsse nicht zwingend auf diesem Grundstück stattfinden, allerdings benötigt man für einen Start definierbare Rahmenbedingungen. Die Rechtsfragen wurden am 04.12.2018 bei einem Gespräch mit dem Ministerium erörtert.

Aus Sicht von Herrn C. Ableiter muss das Projekt trotz diverser Bedenken fortgesetzt werden. Die angesprochenen Detailfragen müssen im Verfahren geklärt werden.

Herr Dr. Wilke hingegen findet das Projekt aus CDU-Sicht vorbildlich entwickelt und den Standort genau richtig. Der Vorsitzende ergänzt, die noch zu klärenden Fragen seien in der Vorlage formuliert; dies unterstreicht auch Herr Popescu unter Ziffer III.

Eine Zustimmung der SPD sei laut Herrn Feinler denkbar, wenn ein Passus eingebaut wird, dass eine konkrete Realisierung nicht auf dem Grundstück Mausbergweg erfolgen muss. Der Vorsitzende unterstreicht, man brauche ein Grundstück auf dem man konkret rechnen kann. Eine Erweiterung der Beschlussempfehlung sei grundsätzlich kein Problem.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 10 Enthaltungen: SPD-Fraktion) die Fortsetzung des Modellprojektes und beauftragt die Verwaltung, die in der Vorlage genannten offenen Sachverhalte zu klären. Über das Ergebnis ist in einer weiteren Ratssitzung zu berichten.

**Gegenstand: Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Speyer mit
Zentren- und Sortimentskonzept
hier: Beschluss des Konzeptes
[Vorlage: 2766/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr C. Ableiter wiederholt seine Aussagen aus der Haushaltsrede hinsichtlich des Erfordernisses eines zusätzlichen Versorgungsmarktes nördlich der Autobahn und fordert eine entsprechende Ergänzung (S. 108 des Konzeptes), ansonsten werde die BGS-Fraktion nicht zustimmen.

Die geforderte Ergänzung erhält mit 5 Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit und wird abgelehnt.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Rat der Stadt Speyer mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: C. Ableiter – BGS und 1 Enthaltung: Schütt – B90/Grüne) das fortgeschriebene Einzelhandelskonzept der Stadt Speyer im Sinne eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes nach § 1 Abs. 6 Nr.11 BauGB und beauftragt die Verwaltung, die Einzelhandelsentwicklung der Stadt Speyer auf der Basis des Einzelhandelskonzeptes zu steuern.

Das Konzept beinhaltet insbesondere die räumlich-funktionalen Ausweisungen der zentralen Versorgungsbereiche, der Ergänzungsstandorte, der Steuerungsleitsätze sowie die Sortimentsliste.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Städtebaulicher Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan 013 E Schlangenwühl – Nord, 1. Erweiterung
(PM International)
[Vorlage: 2767/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat (bei 7
Gegenstimmen: Fraktion B90/Grüne, M. Hinderberger – SPD und 1 Enthaltung: Tabor –
SPD), dem Inhalt und Abschluss des vorgelegten Vertrages zuzustimmen.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: **Änderung der Parkgebührensatzung der Stadt Speyer –
Einbezug des Parkplatzes Mühlturnmstraße in die öffentliche
Parkraumbewirtschaftung**
[Vorlage: 2768/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr C. Ableiter hält eine Bewirtschaftung durch die Stadt zwar grundsätzlich für zustimmungsfähig, da aber eine feste Zuordnung von Parkplätzen erfolgt, lehnt die BGS die Vorlage ab.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: C. Ableiter – BGS) folgende:

Satzung zur Änderung der Parkgebührensatzung der Stadt Speyer vom 21.12.2012

Aufgrund von § 24 Gemeindeordnung Rheinland – Pfalz (GemO), des § 6a Abs.6 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310, 919), zuletzt geändert am 17.08.2017 (BGBl. I S. 3202) sowie des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über Verkündung und Bekanntmachungen sowie der Zivilprozessordnung, des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.12.2011 (BGBl. I 2011 S.3044), erlässt die Stadt Speyer folgende Satzung zur Änderung der Parkgebührensatzung vom 21.12.2012

Artikel I:

Die Parkgebührensatzung der Stadt Speyer wird in „§ 3 Tarifzonen“ wie folgt geändert:
Der Parkplatz „Mühlturnmstraße“ wird der Tarifzone A neu zugeordnet.

Artikel II:

Die Änderung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Kommunales Investitionsprogramm KI 3.0 Stufe 2 –
Schulbauförderung -
[Vorlage: 2769/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, der Umsetzung der Maßnahmen, wie in der Tabelle dargestellt, zuzustimmen und die Verwaltung mit der Planung und Durchführung zu beauftragen.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Aktionsprogramm des Landes für kommunale Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz 2019 bis 2028 – Teilnahme an den beiden Förderinstrumenten Zinssicherungsschirm sowie Stabilisierungs- und Abbaubonus
[Vorlage: 2778/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zum Aktionsprogramm für kommunale Liquiditätskredite 2019 bis 2028 des Landes zur Kenntnis und stimmt der Teilnahme an beiden Förderinstrumenten einstimmig zu.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: ÖPNV-Ersatzkonzept „Salierbrücke“ – Kostenbeteiligung der Gebietskörperschaften; Ergebnis der Subunternehmerausschreibung, Sachstand der Vergabe, Erhöhung des Mittelansatzes
[Tischvorlage: 2786/2018](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Wilke hat eine Verständnisfrage zur Vorlage: wenn 35.000 € weniger Aufwand entstehen, werden trotzdem 15.000 € mehr Mittelansatz gefordert.

Frau Beigeordnete Seiler erläutert, dass die Tischvorlage mit heißer Nadel gestrickt wurde, weil bis gestern Gespräche mit den rechtsrheinischen Gemeinden geführt wurden. Eine Kommune dort war mit der VRN-Empfehlung wegen der Wochenendregelung und dem dabei fehlenden Schülertransport nicht einverstanden. Die Ausschreibung wurde zwar insgesamt günstiger als ursprünglich angenommen, aber nicht für die Stadt Speyer; der erhöhte Kostenübernahmesatz ist als Zeichen der Stadt Speyer an die badische Seite zu verstehen. Da es sich beim Zuschlagsgewinner um das gleiche Unternehmen wie im Gesamtliniensbündel handelt, spart man dort etwas Geld im Deckungskreis und hat später Wenigerausgaben an dieser Stelle.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Verwaltungsvorlage zustimmend zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Erhöhung des kommunalen Kostenanteils am ÖPNV-Ersatzkonzept in Höhe von zusätzlich 15.000,00 €.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Durch die Stärkeänderung der BGS-Fraktion nach Ausscheiden von Herrn Dr. Mohler aus dem Rat verändert sich die Zusammensetzung der politischen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 45 Abs. 3 GemO; der BGS-Fraktion fällt ein Sitz zu, die CDU-Fraktion verliert ihren 4. Sitz in diesem Gremium. Alle anderen Ausschüsse verändern sich nicht in ihrer Zusammensetzung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Umbesetzungen:

1. Aufgrund Stärkeänderung nach § 45 Abs. 3 GemO:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.):	Streiche CDU Nr. 4: Chong Zhang	Streiche CDU Nr. 4: Alfred Zimmermann
Jugendhilfeausschuss (12.):	<i>unverändert</i> (<i>Dr. Maria Montero Muth - CDU</i>)	neu: Alfred Zimmermann für: Hans-Peter Rottmann
Jugendhilfeausschuss (12.):	Neu BGS: Peter Rebholz Hopfenweg 11	Neu BGS: Karin Hofmann Nussbaumweg 40

2. Auf mündlichen Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion in der Sitzung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Werkausschuss (31.):	neu: Maike Hinderberger für: Hans Winter	<i>unverändert</i> (<i>Heinz-Peter Wierig</i>)
Werkausschuss (31.):	<i>unverändert</i> (<i>Kai-Uwe Büchner</i>)	neu: Dominique Köppen Verdistraße 33 für: Maike Hinderberger

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
[Tischvorlage: 2777/2018](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Verschiedenes

Unter Verschiedenes liegt nichts vor.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.1

Gegenstand: Zinsderivate der Stadt Speyer

Der Stadtrat nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.2

Gegenstand: Investiver Finanzhaushalt 2018 der Waisenhausstiftung;
außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO
– Ausleihungen an den öffentlichen Bereich /Gemeinden und
Gemeindeverbände / Laufzeit von mehr als fünf Jahren

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14.1

Gegenstand: Verkauf einer Teilfläche von ca. 5.516 m² zur Erweiterung einer Gewerbefläche

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen):

Dem Verkauf einer Teilfläche von ca. **5.516 m²** aus den Grundstücken der Stadt Speyer und der Waisenhausstiftung der Stadt Speyer **Pl. Nr. 4901/3, 4900/17, 4900/14 und 4898/24** – wird zugestimmt.

46. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.12.2018



46. Sitzung des Stadtrates 13.12.2018 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!